



Flughafen-Feuerwehr in Hamburg

Strafanzeige gegen ÖTV-Chefin

Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies, der Streikleiter der ÖTV und der Chef der Hamburger Flughafen-Feuerwehr müssen mit einem Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen die Sicherheitsvorschriften im Flugverkehr rechnen. Der Notar Reiner Stadler erstattete Strafanzeige beim Landgericht Hamburg, weil eine Lufthansa-Maschine während des ÖTV-Streiks im Mai den bereits eingeleiteten Landeanflug auf den Hamburger Flughafen abrupt abbrechen mußte. Die Maschine, die sich laut Stadler „in einer Flughöhe von weniger als 75 Metern“ befand, mußte durchstarten, als 15 Sekunden vor der Landung die Flughafen-Feuerwehr in den Streik abrückte. Der abgebrochene Anflug, so der Notar, der selbst an Bord war, führte zu einer „konkreten Gefahr für Leib und Leben“ der Passagiere. Sollte Stadler recht bekommen, droht der ÖTV-Chefin und ihren Kollegen eine Haftstrafe bis zu fünf Jahren.

Treuhand-Betriebe zahlen besser

In den Treuhand-Betrieben ist der Anteil der Lohnkosten am Umsatz meist erheblich höher als in den bereits privatisierten ostdeutschen Unternehmen. Obwohl die Produktivität der Treuhand-Beschäftigten geringer ist,

bekommen sie mehr Lohn als die Kollegen in den Privatbetrieben: Ein Chemiearbeiter unter Treuhand-Obhut etwa verdient rund 500 Mark mehr im Jahr, ein Textil-Beschäftigter etwa 2700 Mark mehr, ihre Arbeitsplätze bringen jedoch rund 30 Prozent weniger Umsatz als in einem Privatbetrieb. Im Maschinenbau dagegen ist der Lohnkostenanteil bei den privatisierten Betrieben trotz niedrigerer Löhne höher als in den Treuhand-Unternehmen. Im Rahmen der Umstrukturierung, so das Institut für Wirtschaftsforschung in Halle, sei der Umsatz dort zunächst rapide zurückgegangen.

Keine Werbung für Hyundai

Der VW-Betriebsrat scheut auch ungewöhnliche Mittel nicht, wenn er gegen lästige Konkurrenten kämpft: Vorsitzender Klaus Volkert sorgte dafür, daß der ge-



Streikende Hyundai-Arbeiter

Störmanöver gegen die Bahn

Bundesbahnchef Heinz Dürr ist über einen Verbündeten im Kampf um die Umwandlung der Bahn in eine Aktiengesellschaft verärgert. In einem Brief an Bonner Ministerien hatte Wolfgang Meyer, Verkehrsfachmann des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), behauptet, Verkehrsminister Günther Krause habe sich von Dürr einwickeln lassen. Die Kosten-Rechnungen zur Reform der Bahn seien so manipuliert worden, daß die aus „ordnungs- und wettbewerbspolitischen Erwägungen erforderliche Trennung von Gleisen und Fahrbetrieb“ in zwei verschiedene Unternehmen unsinnig erscheine. In einem groben Beschwerdebrief an Meyers Chef, den DIHT-Präsidenten Hans Peter Stihl, schlug Dürr zurück. Meyer arbeite nur „mit Unterstellungen“, sein Brief sei pure „Ideologie“, so der Bahn-Chef über den DIHT-Experten. „Allzu durchsichtig ist die Absicht“, klagt Dürr, „hier der Straße Vorteile zu verschaffen.“ Meyer schade mit seinem Störmanöver nicht nur der Bahn, sondern auch der deutschen Wirtschaft.

werkschaftseigene Autoclub ACE in seinem Fachblatt künftig keine Anzeigen des koreanischen Autoherstellers Hyundai mehr drucken will. „Mit Empörung“ hatte Volkert im Magazin *ACE-Lenkrad* die Werbung des Konkurrenten gelesen. Hier werde dazu aufgerufen, das „Produkt einer Firma zu kaufen, die Gewerkschaftsrechte mit Waffengewalt bekämpft“, schrieb Volkert an den Klub. Hyundai habe versucht, einen Streik von 33 000 Beschäftigten mit brutaler Gewalt zu brechen. „Vom ACE als einer Organisation, der ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder angehören“, schrieb Volkert, „erwarten wir, daß für derartige Unternehmen in der Zukunft keine Werbung mehr betrieben wird.“ Der ACE gelobte Besserung.



Schmidt

USA: Profit mit Privatschulen?

Ein amerikanisches Unternehmen will ein Netz gewinnorientierter Privatschulen in den USA aufbauen. Chef des sogenannten Edison Projects wird Benno Schmidt, 50, bisher Präsident der Yale-Universität. Bis zum Jahr 2010 sollen 1000 private Vor-, Grund- und Oberschulen eröffnet werden. Die Finanziers des Profit-Projekts, darunter der Schulfernseh-Betreiber Christopher Whittle, wollen zwar mit weniger Lehrern als die vielgescholtenen staatlichen Schulen auskommen, versprechen aber einen attraktiveren Unterricht durch Einsatz modernster technischer Lehrmittel. Die Schulgebühren sollen rund 5500 Dollar (8800 Mark) im Jahr betragen. Dies ist in etwa der Betrag, den der amerikanische Steuerzahler je Schüler im öffentlichen Schulsystem aufzubringen hat.